

Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Haushaltsplanung 2025 der Gemeinde Ladbergen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Bevor ich auf den Haushalt der Gemeinde Ladbergen für 2025 eingehe, möchte ich einige Worte zur Bundespolitik an Sie richten. Die Ampelkoalition ist Geschichte. Dies begrüßen wir ausdrücklich, wie auch den lokalen Medien zu entnehmen war. Für jeden sichtbar war das zerrüttete Verhältnis innerhalb der Ampel. Jedes Abkürzen bedeutete Schaden von unserem Land abzuwenden. Eine Beendigung war dringend nötig. Einen geregelten Übergang vorzubereiten war nötig. Was wir als FDP-Fraktion, als FDP Ladbergen, allerdings nicht gut heißen können ist der Stil der letzten Monate und die folgende öffentliche Schlammschlacht. Dabei kritisieren wir ausdrücklich die offenbar internen Geschehnisse in der FDP vor dem Scheitern der Ampel. Der Begriff D-Day hat in solchen Planungen nichts zu suchen. Wir sehen daher den Rücktritt des Generalsekretärs Bijan-Djir Sarai als folgerichtigen Schritt an, stehen aber voll zu unserer Überzeugung, dass das Ende der Ampel gut für unser Land ist.

Aber auch der Stil der SPD war nicht korrekt. Der Bundeskanzler hat in seiner Erklärung zur Vertrauensfrage folgendes gesagt: "Um in eine Regierung einzutreten, braucht es eine gewisse sittliche Reife". Diese Worte konnte man klar als Kritik in Richtung FDP werten. Diese Worte

aus dem Mund des Bundeskanzlers sind blanker Hohn. Nur ein Beispiel: Als damals amtierender Bürgermeister Hamburgs hat er an entscheidenden Gesprächen rund um den cum-ex-Skandal mit der Warburg-Bank in Hamburg teilgenommen. An die Inhalte will er sich angeblich nicht mehr erinnern können. Ganz ehrlich: Das kann ich nicht glauben! Damals ging es um 47 Millionen Euro. Steuergelder! Eine ordentliche Summe für den Haushalt der Stadt Hamburg. Keine Erinnerung? Sittliche Reife? Ernsthaft? Oben drauf noch die Aussage: "Fritze Merz erzählt Tünkram". In einem Statement aus dem Kanzleramt!

Politischen Anfeindungen und unsachliche Kommentare nerven die Öffentlichkeit. Sie fördern Politikverdrossenheit. Wir möchten deshalb ab hier eine ausschließlich sachliche Diskussion und eine Auseinandersetzung über Inhalte mit unseren politischen Mitbewerbern. Nur so wird klar, wo die Unterschiede der Parteien liegen und wo diese ansetzen möchten, um die Probleme unserer Zeit und im Besondern in Ladbergen zu lösen.

Unsere Haushaltsrede zum Jahr 2025 steht unter dem Motto "Gerechtigkeit". Bundeskanzler Scholz hat in seiner Regierungserklärung zum Scheitern der Ampelkoalition immer wieder darauf hingewiesen, dass er eine Spaltung des Landes verhindern wolle. Kein gegeneinander Ausspielen von äußerer Sicherheit und Rente. Oder arm und reich. Oder alt und jung. **Wer will das schon?** Er meint damit aber, alle Probleme wieder einmal auf Pump mit Geld zuzuschütten. Aber ist das gerecht?

Schulden bedeuten eine Belastung der folgenden Generationen zu Gunsten von Ausgaben für die heutige Generation. Absolut nicht gerecht. Gerecht nur an der Stelle, wo Investitionen in die Zukunft getätigt werden, also z.B. bei der Erweiterung der Ladberger Grundschule. Ebenso gerecht wo durch Investitionen Effizienzsteigerungen erzielt werden können, also z.B. bei der Ertüchtigung von Flüchtlingsunterkünften und der damit einhergehenden enormen Einsparungen von Energie und der Schaffung neuer Unterkunftsplätze. Deshalb nehmen wir für die Maßnahmen auch neue Schulden in Kauf.

Keinesfalls gerecht sind allerdings Konsumausgaben auf Pump. Dazu zählt auch der fortwährende Aufbau von Personal in den öffentlichen Verwaltungen Deutschlands. Hier muss endlich wieder ein vernünftiges Maß Einzug halten. Deshalb haben wir auch beantragt kein neues

Personal für eine "Hausmeisterstelle" zu bewilligen. Aus unserer Sicht sollte zunächst vorhandenes Personal zielgerichtet und mit klarer Priorität für die wesentlichen Aufgaben eingesetzt werden. Hier ist Personalführung vom Bürgermeister gefordert. Zur Milderung von Arbeitsspitzen sollen dann Tätigkeiten an die Privatwirtschaft vergeben werden. Übrigens auch gerecht für Unternehmen, denn so werden ihnen keine weiteren Fachkräfte entzogen.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz scheinen in staatlichen Behörden Fremdwörter zu sein. Während in der freien Wirtschaft die Unternehmen mehr und mehr von Effizienzgewinnen profitieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern, passiert in den Behörden nahezu nichts. Gemäß dem im Jahr 2017 verabschiedeten Onlinezugangsgesetz sollten bis zum Jahresende 2022 575 behördliche Leistungen online sein. Nun raten Sie mal wie viele umgesetzt wurden! Ganze 153, also 27 Prozent. Wie kann es angesichts dieser Zahlen sein, dass Bund, Länder und Kommunen es wagen immer mehr Personal zu fordern. Das ohne ein erkennbares Bemühen die Effizienz zu steigern. In der Konsequenz passiert folgendes: Mehr Personal, höhere Steuern! Die Unternehmen, die ihre Hausaufgaben gemacht haben, sollen höhere Steuern zahlen um die Ineffizienz des Staates zu finanzieren. Bravo!

Es ist nicht gerecht die Unternehmenssteuern zu erhöhen. Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer. Das bedeutet, sie fällt betraglich ohnehin umso höher aus, je größer der Unternehmensgewinn ist. Der Teil ist gerecht. Aber in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu versuchen über höhere Steuern Haushaltslöcher zu stopfen ist mehr als ungerecht. In letzter Konsequenz auch gegenüber Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, denn zu hohe Steuern in einem wirtschaftlich schwierigem Umfeld führen zu Arbeitsplatzabbau. Anstatt immer nur auf die Einnahmeseite zu schauen ist es auch notwendig die Ausgaben zu beleuchten. Auf Bundesebene, auf Landesebene und auf kommunaler Ebene.

Um bei Ungerechtigkeiten zu bleiben: Die Wohnungspolitik in Ladbergen ist nicht gerecht. Neue, kommunal angebotene Baugrundstücke werden ausschließlich nach dem Kriterienkatalog der Gemeinde Ladbergen vergeben. "Nichtladberger", kinderlose, Singles haben keine Chance auf ein Grundstück zur Erfüllung ihres "Traumes Eigenheim". Zudem sollen 25% der Flächen dem sozialen Wohnungsbau zugeführt werden. Wir meinen: Künftig sollte es auch eine Quote für Baugrundstücke für den freien Wohnungsmarkt geben. So hat jeder eine Chance auf ein

Grundstück. Ein Antrag der FDP-Fraktion folgt! Wir brauchen auch die Bürgerinnen und Bürger mit einem "großen Geldbeutel". Denn diese sind es, die die Kaufkraft und die Steuerkraft nach Ladbergen bringen.

Schon im letzten Jahr haben wir auf die sinkende Zahl von sozialversicherungspflichtig Arbeitenden in Ladbergen hingewiesen. Der abnehmende Trend setzt sich fort. Die Auswirkungen verfehlter Wohnungspolitik sind somit immer klarer sichtbar. Die FDP in Ladbergen wird sich weiter für einen ausgewogenen Immobilienmarkt mit Chancen für alle Bevölkerungsgruppen einsetzen!

Zu Beginn des Jahres haben wir die Bürgerinnen und Bürger Ladbergens um ihre Meinung zu kommunalen Themen gebeten. Noch einmal herzlichen Dank an alle die teilgenommen haben. Die Ergebnisse sind im Detail auf unserer Homepage zu finden. Folgende Schlüsse ziehen wir aus den Ergebnissen und nehmen unsere Hausaufgaben mit:

- Basis aller Projekte und Maßnahmen ist eine solide finanzielle Grundlage. Gesundes Gewerbe. Eine gesunde Bevölkerungsstruktur. Ausgabendisziplin hinsichtlich konsumtiver Gelder.
- Das Wohnraumangebot für Singles und Familien wird als ausbaufähig angesehen.
- Die Zufriedenheit mit den Geschäften vor Ort ist mittelmäßig.
- Weitere Freizeitangebote stehen auf der Wunschliste.
- Der wesentlichste Kritikpunkt betrifft den ÖPNV.
- Die Kommunikation mit der Verwaltung könnte besser sein.
- Insgesamt sin die Ladbergerinnen und Ladberger jedoch sehr zufrieden mit ihrem Ort! Insbesondere das intakte Vereinsleben wurde sehr gelobt!

All diese Themen waren bereits in der Vergangenheit Schwerpunkt unseres Handelns. Realisierbare Vorschläge aus der Bevölkerung nehmen wir ernst und setzen sie um. Siehe das Beispiel "Ladbergen App". Wir haben das Ohr an unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Teilt uns weiter Eure Ideen mit!

Auch zum ÖPNV haben wir Vorschläge gemacht: Die Einrichtung eines Bürgerbusses. Die

deutliche Verbesserung der Busverbindung zum Bahnhof in Kattenvenne. Leider beides

mehrheitlich von den Fraktionen im Gemeinderat abgelehnt.

Wir sind fest davon überzeugt, dass wir mit unseren eben beschriebenen Grundsätzen für

ein gerechtes, lebenswertes und zukunftsfähiges Ladbergen streiten. Diesen Weg werden

wir konsequent weiter gehen!

Ein Kernpunkt des von der Verwaltung vorgestellten Haushaltsplans ist die erhebliche Erhöhung

der Gewerbesteuer. Unser Antrag den Gewerbesteuersatz beizubehalten wurde soeben abgelehnt.

Damit setzt dieser Gemeinderat ein völlig falsches Zeichen und handelt gegen unsere

grundlegende Überzeugung. Deshalb können wir dem vorgelegten Haushaltsplan nicht

zustimmen.

Trotzdem danken wir an dieser Stelle der Verwaltung und dem Bauhof sowie den im Rat

vertretenen Parteien für die konstruktive Zusammenarbeit.

Für 2025 wünsche ich uns Allen Gesundheit, Geschick und ein glückliches Händchen für unsere

Entscheidungen!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Jens Tiemann, Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion